

» Publikationen



Landesstelle für Evangelische Erwachsenen- und Familienbildung in Baden (EEB) / Evangelische Frauen in Baden (Hrsg.)

Mutig, klug und überzeugend

Frauen der Reformation (nicht nur) im Südwesten

5,- € zzgl. Porto, 76 S., Karlsruhe 2016

Bestellung über die Landesstelle für Evangelische Erwachsenen- und Familienbildung in Baden (eeb-baden@ekiba, Tel.: 0721 9175-340)

Die Broschüre wurde von der Landesstelle Evangelische Erwachsenen- und Familienbildung konzipiert und gemeinsam mit den Evangelischen Frauen in Baden herausgegeben. Sie kann gegen eine Gebühr von € 5,- zzgl. Porto bei der Landesstelle für Evangelische Erwachsenen- und Familienbildung in Baden bestellt werden.

Anja Wilhelmi-Rapp
Diplom-Pädagogin
(Oftersheim)

Frauen der Reformation: Wer sie kennenlernt, spürt etwas vom Aufbruchgeist dieser Zeit. Wie hat die Reformation ihr Leben verändert? Warum haben sie persönlich so viel riskiert?

In der Broschüre „Mutig, klug und überzeugend“ werden Frauen vorgestellt, die im Südwesten Deutschlands gewirkt, die Reformation gefördert und sie geprägt haben – als Fürstin, als streitbare Seelsorgerin, als hochgebildete Humanistin, als Geschäftsfrau, Sponsorin und Netzwerkerin oder als mutige Erfinderin eines neuen Lebensmodells, des evangelischen Pfarrhauses: Barbara von Wertheim, Katharina Zell, Olympia Morata, Margarete Blarer, Wibrandis Rosenblatt, Elisabeth Silbereisen, Felicitas von Selmenitz und Caritas Pirckheimer. Es sind streitbare Frauen, die ihren Glauben und die daraus folgenden Konsequenzen mutig gegenüber weltlicher und kirchlicher Obrigkeit behaupten, Frauen, die Neues wagen, die um ihres Glaubens willen verfolgt werden, und Frauen, die Glaubensverfolgten schützend und unterstützend zur Seite standen.

Die Broschüre ist didaktisch klug aufgebaut und macht Lust darauf, sich mit den Frauen der Reformatoren zu beschäftigen! Sie geht den Fragen nach, welche Impulse auch 500 Jahre später noch gelten, wie der Mut, die Klugheit und die Überzeugung dieser Frauen uns Menschen von heute stärken können, und sie greift Grundüberzeugungen der Reformation auf: Die Rechtfertigung des Menschen allein aus Glauben wirkt bis heute und trägt zu unserem Selbstverständnis bei. In unserer sich schnell verändernden Welt bietet die Besinnung auf unsere religiösen Wurzeln in Gestalt dieser bewegten und bewegenden Frauen Orientierung und macht Mut, auf der Grundlage des Evangeliums eine eigene Haltung zu entwickeln und zu leben.

Die Beiträge in „Mutig, klug und überzeugend“ sind so gestaltet, dass sie direkt in eigenen Veranstaltungen eingesetzt werden können – mit einer Vielzahl an didaktischen Hinweisen, Impulsfragen, Gestaltungsvorschlägen sowie einer Materialsammlung. Sie sind sehr gut geeignet für die Arbeit mit Gruppen in den Gemeinden – besonders auch für ökumenische Veranstaltungen. Praktisch für die Vorbereitung ist die Möglichkeit des Downloads von Plakaten und Arbeitsmaterial auf www.eeb-baden.de.



Petra-Angela Ahrens

Wer sind die Konfessionslosen?

Antworten aus einer
Repräsentativbefragung im
Osten Berlins

€ 8,50, 90 S., Hannover 2016

creo-media

ISBN 978-3-946525-01-1

Die Studie „Wer sind die Konfessionslosen?“ beruht auf einer Befragung im Osten Berlins im Kirchenkreis Lichtenberg-Oberspree. Evangelische und katholische Christen befinden sich dort in einer krassen Minderheitsposition und stellen zwischen 11 und 15 % der Bevölkerung. Der Fokus der Untersuchung liegt auf der Frage: Wie verstehen die Konfessionslosen sich selbst? Wie gestalten sie ihr Leben?

Die dahinterstehende Leitfrage der Studie – die auch für die Evangelische Erwachsenenbildung interessant ist – lautet: Gibt es begehbare Brücken zu den Konfessionslosen? Gibt es zumindest Chancen, Fundamente für solche Brücken zu bauen? (S. 11)

Die Autorin der Studie, Petra-Angela Ahrens vom Sozialwissenschaftlichen Institut der EKD, stellt auf 90 Seiten die Ergebnisse der Untersuchung vor, fasst sie übersichtlich zusammen und untermauert sie durch anschauliche Grafiken.

Antworten auf die eingangs gestellten Fragen gibt sie allerdings so gut wie gar nicht. Es wäre für die Leserschaft ein Gewinn gewesen, wenn das Buch um einige Kommentare und Schlussfolgerungen aus unterschiedlichen Perspektiven angereichert worden wäre. So konzentriert sich die Veröffentlichung auf das Datenmaterial und es bleibt dem Leser und der Leserin selbst überlassen, Folgerungen für kirchliche Handlungsfelder daraus zu ziehen.

Die meisten Erkenntnisse der Untersuchung überraschen nicht sonderlich.

Ich nenne nur einige wenige:

- Konfessionslose geben keinerlei Hinweis darauf, dass ihnen ohne Religion etwas fehlt. Ihr Wohlbefinden steht religiös Orientierten in nichts nach. Es ist aber dort wie hier stark abhängig von der sozialen Lage.
- Die höchsten Werte für Konfessionslose sind Familie und das eigene Zuhause. Die Bedeutung von Religion und Kirche tendiert dagegen gegen null. Der Wert „Für andere da sein“ steht mit 90 % Zustimmung an erster Stelle.
- Das Interesse an einem zivilgesellschaftlichen Engagement besteht bei circa 32 % der Befragten. Ausüben tun dies allerdings nur sehr wenige (17 %). Das ist ein recht geringer Wert – gerade auch im Vergleich mit dem von evangelischen Christen.

Spannend und kirchenpolitisch hoch brisant erscheint mir allerdings eine Aussage der Studie, die ganz am Ende erst ausgeführt wird: Die Kirchengemeinden vor Ort sind den meisten Konfessionslosen weitgehend unbekannt. Nur knapp 11 % hatten mit ihnen bereits Kontakt. Dem gegenüber stehen zwei andere Werte, die man in diesem Zusammenhang eher nicht erwartet hätte: Das Interesse an Kirche beantworten 31,5 % der Konfessionslosen tendenziell positiv: „vielleicht“ (17,8 %), „ja“ (11,4 %) und „ja, ganz sicher“ (2,3 %). Dieser Befund wird dadurch verstärkt, dass über 44 % der Konfessionslosen angaben, einen eher guten Eindruck von der evangelischen Kirche zu haben. Denn Berührungspunk-

te haben auch sie mit Kirche. Am allermeisten über die Besichtigung einer Kirche (41,4 %), dann folgen die Kasualien (32,7 %) und der Weihnachtsgottesdienst (27,3 %). Dieses Ergebnis der Unbekanntheit der örtlichen Kirchengemeinde bei gleichzeitigem gutem Eindruck von der evangelischen Kirche und auch Interesse an ihr sollte meines Erachtens eingehender untersucht werden mit Blick auf Implikationen für die Organisationsentwicklung der Kirche.

Könnte es sein, dass die Veranstaltungen der Kirchengemeinden so innerkirchlich ausgerichtet sind, dass Konfessionslose dort so gut wie gar kein Angebot mehr für sich entdecken?

Könnte es sein, dass die Kirchengemeinden ihrem Auftrag, Kirche im Quartier vor Ort ein Gesicht zu geben, zumindest in weitgehend säkularisierten Gebieten kaum noch nachkommen (können)?

Könnte es sein, dass Kirche gerade in solchen Gebieten andere Angebotsformen entwickeln muss, die die Menschen sehr viel stärker bei ihren vorhandenen Interessen und Lebenslagen abholen?

Die Evangelische Erwachsenenbildung kann sich von den Ergebnissen der Untersuchung eher bestärkt fühlen: Denn unsere Bildungsangebote tun genau dieses: Sie greifen die je aktuellen Interessen, Themen und Bedarfe von Menschen auf und entwickeln dazu Veranstaltungen. Solche Angebote schlagen schon jetzt Brücken zu Menschen, die zwar keinen Gottesdienst oder Bibelkreis besuchen würden, sich aber sehr wohl zum Trauerbegleiter qualifizieren lassen wollen oder gerne an einem Vater-Kind-Festival teilnehmen.

Wenn es künftig also darum gehen soll, bestehende Brücken zu den Konfessionslosen zu festigen und viele neue zu bauen, dann könnte die Evangelische Erwachsenenbildung mit ihrem Know-how zum Partner werden. Allerdings wird dies nur dann von Erfolg sein, wenn die finanziellen Ressourcen der Kirche für solche Unterfangen erheblich erhöht werden.

Antje Rösener

Pfarrerin

Geschäftsführerin des Ev. Erwachsenenbildungswerkes Westfalen und Lippe e.V.

Vorsitzende der DEAE



Klaus-Peter Hufer

Politische Erwachsenenbildung

Plädoyer für eine vernachlässigte Disziplin

€ 24,90, 139 S., Bielefeld 2016

W. Bertelsmann Verlag

ISBN 978-3-7639-5654-8

Der Erwachsenenpädagoge Klaus-Peter Hufer verortet in seinem neuesten Buch die politische Bildung überzeugend im andragogischen Diskurs der letzten Jahrzehnte. Er benennt ihre Bezugswissenschaften, spannt den historischen Bogen von Immanuel Kant bis Oskar Negt und würdigt die politische Bildung in der Tradition der Aufklärung als Ausgangspunkt der Erwachsenenbildung. Diese Tradition, die von Hufer ideengeschichtlich bis in die Gegenwart verfolgt und dokumentiert wird, ist heute vielfach aus dem Bewusstsein verschwunden. Der Blick auf die ökonomische Verwertbarkeit von Erwachsenenbildung hat in den letzten dreißig Jahren deutlich an Bedeutung gewonnen. Der Mehrwert von Erwachsenenbildung wird immer häufiger an der Statistik der beruflichen und betrieblichen Weiterbildung gemessen. Diesen Trend im Hinterkopf, betont Hufer die andere, politisch-emanzipatorische Perspektive der Erwachsenenbildung.

Er unternimmt dabei den Versuch, politische Bildung auch statistisch zu erfassen. Dies ist äußerst schwierig, da seit Jahrzehnten entsprechende Zahlen fehlen und die Trägerlandschaft – insbesondere auch die nichtinstitutionalisierten Initiativen – sehr heterogen ist. Belastbare Nachweise über Teilnehmer/innen, Unterrichtsstunden und Veranstaltungen sind sehr schwer zu generieren. Hufer kann allerdings überzeugend darstellen, dass politische Erwachsenenbildung ein „Minderheitendasein“ (S. 72) fristet und sich statistisch zwischen 2 % und 5 % des Gesamtvolumens in der Erwachsenenbildung/Weiterbildung bewegt. Dies mag einerseits deprimierend klingen, andererseits ist die gute Nachricht dabei, dass diese Bilanz seit vielen Jahrzehnten relativ konstant ist.

Breiten Raum nimmt bei Hufer das Lehren und Lernen sowie die Didaktik und Methodik ein. Teilnehmerorientierung, Subjektorientierung, Alltagsorientierung, Handlungsorientierung und der Beutelsbacher Konsens sind die Stichworte seiner Analyse.

Kenntnisreich werden die Entwicklungsbrüche und Phasen der politischen Bildung nach 1945 beschrieben. Dabei diagnostiziert er eine deutliche Ökonomisierung der Erwachsenenbildung seit den 1990er Jahren. Die Folge davon ist, so Hufer, dass politische Bildung in vielen Fällen bei den Trägern der Allgemeinen Weiterbildung zur ‚Kür‘ wurde.

Obgleich Hufer sehr klar die aktuellen Gefahren für die politische Bildungsarbeit herausarbeitet – neoliberale Grundhaltung, Marktorientierung, schlanker Staat, Kompetenzorientierung –, begründet er souverän ihre Unverzichtbarkeit. Mehr noch: Ganz im Sinne von Fritz Borinski stärkt er die ‚politische Aufgabe der freien Erwachsenenbildung in Deutschland‘ (1954) und sieht sie als demokratische Daseinsvorsorge.

Angemerkt sei an dieser Stelle, dass Hufer jüngst für den Sächsischen Landesbeirat für Erwachsenenbildung in einer Expertise zur Situation der politischen Erwachsenenbildung in Sachsen diese Position empirisch herausarbeiten konnte.

Abschließend hätte ich mir in einer Einführung eine etwas ausführlichere und in die Zukunft weisende Begründung für die Erwachsenenbildung gewünscht. Nicht angesprochen wird auch die Bedeutung der politischen Bildung im Horizont der zunehmenden Digitalisierung. Was wird aus dem ‚homo digitalis‘ angesichts des ‚Internets der Dinge‘, der ‚Industrie 4.0‘? Wie verändern sich Politik und politische Bildung angesichts zunehmender virtueller Lebenswelten? Diese Fragen finden keine Berücksichtigung.

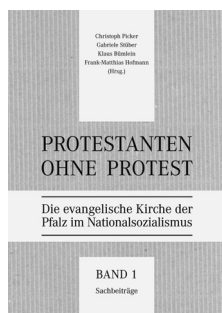
Fazit: Hufer ist Realist und weiß, dass politische Bildung kein Allheilmittel ist. Die Bedeutung seines neuen Buches liegt in der Rückbesinnung auf die politische Tradition der Erwachsenenbildung. Dabei ist nicht nur ein überfälliges Lehrbuch für die akademische Ausbildung entstanden, sondern vor allem auch eine Selbstvergewisserung der andragogischen Praxis.

Prof. Dr. Ulrich Klemm

Geschäftsführer des Sächsischen Volkshochschulverbandes (SVV)

Honorarprofessor für Erwachsenenbildung Universität Augsburg

klemm@vhs-sachsen.de



Chr. Picker/G. Stüber/K. Bünlein/
F.-M. Hofmann (Hrsg.)

Protestanten ohne Protest

Die evangelische Kirche der Pfalz im Nationalsozialismus

Band 1: Sachbeiträge, Band 2: Kurzbiographien und Anhang

€ 59,90, 920 S., Leipzig 2016

Evangelische Verlagsanstalt

ISBN: 978-3-974-04412-2

„Warum erst jetzt“ (S. 11) ein derart umfassendes Geschichtswerk erscheint? Es braucht wohl seine Zeit, bis politisch eingefahrene Narrative verblassen und eine auch selbstkritische wie archivgestützte Aufarbeitung von Geschichte möglich werden. Die bislang nur angedeuteten tiefen Verstrickungen der Evangelischen Kirchen mit dem Nationalsozialismus entfalten die vorliegenden Bände exemplarisch durch eine sorgfältige, methodisch disziplinierte historische Forschung – im Sinne einer verantwortlichen Erinnerungskultur. Es geht nicht mehr um Zeitzeugenschaft, denn das Durchschnittsalter der 62 Autor/inn/en, darunter 25 Historiker/innen und 22 Pfarrer/innen, liegt bei 60 Jahren, und nur sieben sind vor 1945 geboren, lediglich ein Autor erlebte den Nationalsozialismus als Jugendlicher.

Die 37 Sachbeiträge (Bd. 1) und 79 Kurzbiografien (Bd. 2) bieten vielfach sich ergänzende Einblicke. Ein 23-seitiger Überblicksartikel des Vorsitzenden der Ev. Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte, H. Oelke, stellt die vier inhaltlichen Bereiche des ersten Bandes vor:

Die neun Aufsätze des 1. Kapitels beschreiben den historischen Verlauf: Weimarer Republik, Übergangsjahre 1930–1932, Umbruchsjahr 1933, Selbstanpassung 1934. Dann Abschnitte bis zum Kriegsbeginn und zum Zweiten Weltkrieg; mit Sonderkapiteln zum Saarlandanschluss 1935 und den 1940–44 angeliederten lothringischen Bezirken.

Die dramatische Entwicklung wird besonders anhand der damaligen „Kirchenparteien“ (K. Bünlein, S. 276–291) erhellt: Das Gegeneinander von „vernunftfreudigen“ Liberalen und biblisch-konservativen „Positiven“ ruhte dennoch auf „übereinstimmenden Mentalitäten“ (S. 286), was sich vor allem in der Konfrontation mit den „Religiösen Sozialisten“ ab 1927 (1933 wurden sie verboten) zeigte. Der bereits bestehende Schulterchluss von Kirche und Staat mündet dann nach 1930 in der allseitigen Hoffnung auf eine „Volksgemeinschaft“ im Sinn einer „völkisch-religiös-sittlichen Wiedergeburt“ (S. 784, P. Schmidts nationalsozialistische Aussage 1934).

Die Aufarbeitung der Jahre 1945 bis 1949 verdeutlicht, in welchem erschreckendem Maße auch die aktiven Nazis der Kirche es schafften, als ‚Mitläufer‘ entnazifiziert zu werden. Für einen Neuanfang der Evangelischen Kirche insgesamt wogen drei ‚Altlasten‘ schwer: das Wegsehen bei Verbrechen, die kirchenpolitische Trennung (zwischen Deutschen Christen und Bekennender Kirche) und die „kritiklose Befürwortung aller militärischen Mittel“ (S. 51). Zumindest für die Pfälzische Evangelische Kirche muss nüchtern konstatiert werden: „Letztlich schloss sich das geschichtliche Fenster für einen Neuanfang, ehe es sich genügend geöffnet hatte.“ (S. 216)

Sieben Aufsätze des 2. Kapitels analysieren die institutionellen (Dys-)Funktionen von Landeskirche, Presbyterien,

Kirchenparteien, Deutschen Christen, Pfarrbruderschaft und Verbänden. Entscheidend ist dabei die grundständige Arbeitsteilung zwischen Angelegenheiten des Staates und Angelegenheiten Gottes. Die funktionale Trennung lief zwar nicht reibungslos (obwohl es in der Pfalz keinen Kirchenkampf gab – S. 114), doch über weite Strecken parallel (so lobte im Okt. 1939 der NS-Sicherheitsdienst die „betont nationale Haltung“ der Pfälzischen Kirche, S. 169). Diese Tendenz lässt sich auch am leitenden Personal ablesen: der Gauleiter J. Bürckel und Landesbischof L. Diehl hatten viele gemeinsame, einige gegensätzliche Interessen. Strukturell ähnlich funktionierte auch die Pfarrerschaft, deren Namensliste (zusammengestellt 1937/1986/2016, S. 314–325) 85 Männer und zwei Frauen umfasst, wovon 14 Personen kurzbiographisch dargestellt sind. Im nationalen Rausch von 1933 schaltete sich die ev. Kirche der Pfalz selbst gleich. Von ihren etwa 350 Pfarrern blieben nach ernüchternden Erfahrungen von 1935 noch etwa 1/3 bei den Deutschen Christen (vgl. S. 297) und funktionierten als „Transmissionsriemen des Nationalsozialismus in die Kirche hinein“ (T. Fandel, S. 292). Ab dem Sommer 1934 begann sich ein weiteres Drittel als Pfälzer Pfarrbruderschaft, die insgesamt „keine widerständige Vereinigung“ war (M. Martin, S. 310), im Sinne der Bekennenden Kirche zu organisieren. Indes: Auch das nicht gebundene dritte Drittel der Pfarrer/innen „verdrängte die eigene Rolle in der NS-Zeit“ (G. Stüber, S. 217).

Die fünf Aufsätze des 3. Kapitels zum landeskirchlichen Verhalten im Zuge staatlicher Gewaltmaßnahmen (Judenverfolgung, Zwangssterilisation, Krankenmorde, Zwangsarbeit) verdeutlichen eindringlich die großen Schnittflächen zwischen Staat und Kirche (bes. sichtbar im Kapitel „Antikommunismus“ – K. Lipp, S. 377–385). Für Nicht-Pfälzer zieht der Aufsatz von M. Sasse „Antikirchliche und antichristliche Maßnahmen“ (S. 401–411) am klarsten die Verbindungslinien zu den anderen Evangelischen Landeskirchen und zum Katholizismus.

Auf 220 Seiten erläutern 14 Aufsätze des 4. Kapitels die kirchlichen Handlungsfelder. Neue Hinweise finden sich zu Sondergottesdiensten und Kirchenbau. Interessante Ausführungen erläutern Archivbestände zur kirchlichen Ausbildung und Presse sowie über die Seelsorgeaspekte in Jugendarbeit, Volksmission, Diakonie, Ökumene und in der Grenzzone. Spannend lesen sich die Aufsätze zur Frauenarbeit, Pfarrfrauen und kirchlichen Finanzen.

Das Gemeindekonzept von K. Kleinmann ruhte „auf den Säulen Gottesdienst, Erwachsenenbildung, Diakonie und Geselligkeit“ (K. Molitor, S. 732) und zeigt besonders die Bedeutung der Volksbildung: Jede Pfarrfamilie war Vorbild, jede Predigt bot Orientierungshilfen und alle Schriften bildeten Erwachsene weiter (T. Himmighofer, S. 555–577).

Die teilweise mehrdeutigen Verwendungen einzelner Begriffe können den Verdienst des Kompendiums nicht schmälern. Es ermuntert zu weiteren Forschungen und warnt die Landeskirchen im Reformationsjubiläumsjahr 2017 durch eine dezidierte und exemplarische Aufarbeitung vor verbreiteter Protestlosigkeit, vor zivilgesellschaftlicher Schwäche, vor institutionellem Versagen.

Dr. Georg Fischer
Schefflenz
(06261) 79231



Stella Veciana/Claudia Neubauer

Demokratisierung der Wissenschaft

Anforderungen an eine nachhaltigkeitsorientierte partizipative Forschung

€ 8,00, 76 S., Bonn 2016

Verlag Stiftung Mitarbeit

ISBN: 978-3-941143-30-2



Uwe Schneidewind/Mandy Singer-Brodowski

Transformative Wissenschaft

Klimawandel im deutschen Wissenschafts- und Hochschulsystem

€ 24,90, 420 S., 2. Aufl., Marburg

2014

Metropolis Verlag

ISBN: 978-3-7316-1057-1

Wer sich für die grundlegenden Fragen der Verantwortung von Wissenschaft und Forschung für das Gemeinwohl interessiert, und damit für notwendige Reformanstrengungen des Wissenschaftssystems aus einer sozialökologischen Perspektive, und gleichzeitig auch nach strategisch ausgerichteten Lösungsansätzen sucht, dem möchte ich diese beiden Bücher empfehlen.

Die Empfehlung ist dabei nicht die Folge davon, dass die beiden Publikationen eine abschließende und überzeugende Analyse und fraglose Lösungsansätze anbieten, sondern weil sie selbst Teil und Ausdruck der Problemlage der Diskussion über das Wissenschafts- und Forschungssystem sind. Sie geben – und das ist ihr Wert für die Lesenden – einen fundierten Einblick darüber, welche strategischen Positionen prominente zivilgesellschaftliche Player wie die Stiftung Mitarbeit – als Auftraggeberin der ersten Publikation – und die deutsche Denkschule des „Club of Rome“ im Wuppertaler Institut für Klima, Umwelt und Energie, deren Direktor Uwe Schneidewind ist, vertreten und wo sie die Stellschrauben für ein verändertes Wissenschaftssystem sehen. Die Publikationen haben, soweit ich die Literatur überblicke, den Stellenwert von Referenzwerken zur Nachhaltigkeit, Partizipation und Transformation in der sozialökologischen Diskussion.

Diesem Verständnis nach zeichnet sich transformative Wissenschaft dadurch aus, dass in realexperimentellen Fallstudien Gestaltungswissen erzeugt wird, das entweder unmittelbar oder als Katalysator für gesellschaftliche Transformationsprozesse wirkt.

Die Publikation von Stella Veciana und Claudia Neubauer kann dabei gut als Vorspiel zu einer intensiven Lektüre der Studie von Uwe Schneidewind und Mandy Singer-Brodowski genutzt werden. Sie hilft dem Lesenden dank ihrer plakativen Darstellung und in ihrer politikberatenden Funktion ins Thema einzusteigen und Anhaltspunkte für eine eigene Position zu entdecken. Die Studie von Uwe Schneidewind und Mandy Singer-Brodowski bietet in gewisser Weise darauf aufbauend einen systematischen und umfassenden Zugriff. Adressiert ist

sie an das Wissenschafts- und Forschungssystem selbst, die Wissenschafts- und Forschungsförderung in den zuständigen Ministerien und an sogenannte zivilgesellschaftliche Organisationen.

Beiden Publikationen ist gemeinsam, dass sie möglichen mit dem Thema verbundenen Polarisierungen und Konfliktfeldern zu entgehen versuchen. Auffällig wird das an folgenden Phänomenen:

- dem Neusprech und der Wohlfühlsprache – so wird z.B. anstatt von Ausbeutung der Ressourcen von Extraktion gesprochen;
- dem Betonen der Radikalität der auf das Überleben der Menschheit bezogenen Problemstellung bei gleichzeitigem systemkonformem Pragmatismus in der angenommenen Durchsetzbarkeit des angestrebten Wandels;
- der mangelnden Reflexion auf mögliche Inkonsistenzen der theoretischen Vorannahmen; so wird z.B. implizit Bezug genommen auf das deliberative Demokratiekonzept von Jürgen Habermas und gleichzeitig werden systemtheoretisch ausgerichtete Analyse Kriterien verwendet;
- dem Abzielen auf eine strategisch ausgerichtete Begründungssystematik institutioneller Teilhabeperspektiven – sprich Förderungsmittel –, wobei dann allerdings diese förderungsstrategischen Ambitionen nicht weiter ausgeführt werden;
- der Zivilgesellschaft und der Nischenperspektive als Mantra des angestrebten Wandels, wobei nicht mehr die Parteien und andere institutionell verankerte und demokratisch legitimierte Einrichtungen für die Lösung dieser Aufgaben die zentrale Rolle spielen und auch der demokratietheoretische und -praktische Ort des Wissenschafts- und Forschungssystems unbestimmt bleibt.

Die sog. Zivilgesellschaft übernimmt in diesen Transformationsprozessen die zentrale Aufgabe als „change agent“ (Schneidewind/Singer-Brodowski, S. 305). Sie fordert demnach „mehr Partizipation und eine stärkere Öffnung des Wissenschaftssystems für die Bearbeitung der großen gesellschaftlichen Herausforderungen mit einer transdisziplinär orientierten Wissenschaft.“ (Schneidewind/Singer-Brodowski, S. 315)

Beide Publikationen stellen Begründungszusammenhänge auf, warum und wie Wissenschaft und Forschung die Grundpfeiler darstellen, um den prognostizierten überlebensnotwendigen, raschen und sozialökologischen Wandel zu begründen, zu begleiten und vielleicht zu organisieren. Erwachsenenbildung als Vermittlungsinstanz, als Popularisierer von wissenschaftlichen Erkenntnissen und eben auch als möglicher Ort von Wissenschaftsproduktion könnte dabei eine entscheidende Aufgabe übernehmen. Die angeschnittenen Themenstellungen könnten Gegenstand politischer Bildungsangebote sein, um die Menschen in diesem Belang sprechfähig zu machen. Das wird zwar implizit appellativ eingefordert, aber in den Publikationen nicht ausgeführt. Dazu nachfolgend zwei Beispiele aus der ersten Publikation:

„Insbesondere werden für Akteure gemeinsame Orte für die Integration pluraler Wissensformen benötigt, an denen die zivilgesellschaftliche Partizipation in der Forschungspolitik neu gedacht, erprobt und umgesetzt werden kann.“ (Veciana/Neubauer, S. 54)

Wie und wo diese anspruchsvolle Aufgabe realisiert werden könnte, wird nicht erläutert. Öffentliche Weiterbildungseinrichtungen oder andere bereits existierende wissenschaftliche Vereine, die dafür Lernorte und Lernarrangements anbieten könnten, werden nicht benannt.

Zweites Beispiel:

„Diese Vereine, Initiativen und Bürgergruppen engagieren sich in Forschung und Wissenschaft, um eine andere Logik in die akademische Wissenschaft einzubringen, alternative sozial-technische Zukunftsmodelle zu erkunden und lokal relevante wissenschaftliche Kenntnisse zu produzieren.“ (Veciana/Neubauer, S. 23)

Eine Systematisierung dieser Initiativen und insbesondere auch eine Reflexion der sog. „anderen Logik“ unterbleiben. Aufgaben- und Handlungsfelder von Citizen Science werden in dieser Sichtweise auf die Funktion von Datenlieferanten und Datendokumentation im akademischen Forschungsprozess reduziert.

Sich damit auseinanderzusetzen, wer die nicht wissenschaftlichen Akteure, Propagandisten und Nutznießenden der Demokratisierung von Wissenschaft und Forschung sind und welchen Erkenntnisinteressen diese Demokratisierung verpflichtet sein sollte, ist eine notwendige Voraussetzung dafür. Meiner Auffassung nach reichen die in den Publikationen immer wieder strapazierten Begriffe der Zivilgesellschaft oder der zivilgesellschaftlichen Organisation nicht dafür aus. Andere traditionelle Organisationen und insbesondere das institutionalisierte demokratische Gefüge müssen ebenso berücksichtigt werden. Zum Beispiel all die wissenschaftlichen Vereine und andere Initiativen, die abseits des Zivilgesellschaftsdiskurses existieren und arbeiten.

Die zweite Publikation ist ungleich gewichtiger und systematischer und begründet ein Programm des Wandels des herkömmlichen Wissenschafts- und Forschungssystems hin zu einem transformativen Wissenschafts- und Forschungsverständnis.

Die Studie bietet eine Analyse des Ist-Zustands des Wissenschaftssystems unter sozialökologischer Perspektive, sie stellt ein Begründungssystem für ein transformatives Wissenschaftssystem auf, insbesondere anhand des in der Erwachsenenbildung diskutierten Begriffs des kollektiven transformativen Lernens. Zudem entwickelt sie einen Begründungszusammenhang, wie das transformative Wissenschaftsverständnis gegenüber den großen Playern, z.B. DFG oder den außeruniversitären Forschungsverbänden, stark gemacht und in eine Reformstrategie umgesetzt werden kann.

Die ausgeführten Problembefunde über das aktuell dominierende Wissenschaftssystem sind dabei einleuchtend. Fragwürdiger sind die angestrebten Lösungsansätze, hier insbesondere:

- die ausschließliche Kompetenzorientierung in der Wissenschaftsproduktion, wohingegen Aufgaben der Theorieentwicklung und nicht empirisch ausgerichtete Forschung zu kurz kommen;
- die unklare Stellung der Humanwissenschaften in diesem Wissenschaftsverständnis;
- die kritischen Ereignisse, die zu einem individuellen, aber insbesondere auch zu einem kollektiven transformativen Lernprozess dazugehören, werden nicht ausgeleuchtet;
- die Legitimationserfordernisse eines transformativen Wissenschaftssystems im Demokratiekonzept werden nicht bedacht;
- die partizipativen Anteile, die Bürgerbeteiligung, die Rolle der sozialen Bewegungen und alternativer Öffentlichkeit, quasi die demokratisierenden Kräfte außerhalb der Apparate, werden nicht begründet bzw. systematisch eingeführt.

In der Studie werden auch die realen Widerstände gegen die Etablierung eines transformativen Wissenschaftsverständnisses nicht radikal genug reflektiert. Insbesondere:

- aktuelle Probleme des Generationstransfers des schon im Wissenschaftsbetrieb etablierten transformativen Wissenschaftsverständnisses;
- die fehlende Finanzierungsgrundlage notwendiger wissenschaftlicher Stellen;
- der gesellschaftliche Ort der für die Transformation notwendigen „change agents“ wird nicht deutlich;
- die systemisch bedingten Kräfte der Selbstreproduktion des etablierten Wissenschaftssystems werden in kein angemessenes Verhältnis zum apostrophierten Innovationsbedarf gesetzt.

Strategisch wollen die Autoren den Ort ihres Wissenschaftsverständnisses im herkömmlichen Wissenschaftssystem legitimieren und legen das Gewicht auf die Modernisierungsfunktion, die transformative Wissenschaft auf dem Hintergrund einer zunehmend krisenhaften und existenzbedrohlichen sozialökologischen Entwicklung für die Wissenschaft haben kann. Deshalb geht es ihnen auch nicht darum, einen alternativen Wissenschaftsbegriff zu formulieren, sondern sie treten mit dem Anspruch an, den Kern des neuen Wissenschaftssystems auszumachen und dafür die notwendigen Instrumentarien und Kompetenzen zu haben. Erfolgversprechende, quasi-wissenschaftlich abgesicherte Wege, diesen Transformationsprozesses zu gestalten, werden anhand des Bezugsrahmens der Transitionsforschung (Schneidewind/Singer-Brodowski, S. 298ff.) im vorletzten Kapitel mit dem Titel „Wie umsteuern?“ dargestellt.

Wie diese neue „Öffentlichkeit“, die nicht professionell in Wissenschaft und Forschung beschäftigt ist, sprechfähig werden kann, ist meiner Auffassung nach die entscheidende Leerstelle in beiden der hier skizzierten, auf Demokratisierung des Wissenschafts- und Forschungssystems ausgerichteten Publikationen. In diesem Kontext könnte die Erwachsenenbildung die Aufgabe haben, experimentelle und innovative Lernanlässe und Lernorte zu schaffen, z.B. auch in Form von Citizen-Science-Projekten.

Dr. Klaus Heuer

Deutsches Institut für Erwachsenenbildung
Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen e.V. Bonn
heuer@die-bonn.de